

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872**

28.1.1872 (No. 24)



# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 28. Januar.

Nr. 24.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Brief- und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

**Abonnements auf die Monate Februar und März sind gegen Frankoeinsendung von 1 fl. 20 kr. von der Expedition (Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14) direkt zu bestellen, da die Deutsche Reichspost nur vierteljährliche Abonnements annimmt. Zu diesem Preis von 1 fl. 20 kr. ist dann noch die Bestellgebühr an den Briefträger zu entrichten.**

**Wir bitten um baldgefällige Aufgabe der Bestellungen.**

## Amtlicher Theil.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen haben Allergnädigst geruht:

1) unterm 13. d. Mts.

den Premierlieutenant von Benz vom 4. Westphälischen Infanterie-Regiment Nr. 17, unter Entbindung von dem Kommando als Adjutant der 15. Infanterie-Brigade, auf vier Monate zur Dienstleistung beim Kriegsministerium zu kommandiren;

den Premierlieutenant von Geniol vom 3. Badischen Dragoner-Regiment Prinz Karl Nr. 22, unter Beförderung zum überzähligen Rittmeister, in seinem Kommando als Adjutant von der 28. Kavallerie-Brigade, zur 30. Division zu versetzen, und dagegen den Secondlieutenant Freiherrn von Neufürchen, genannt von Nymphenheim, vom 2. Hessischen Husaren-Regiment Nr. 14, unter Beförderung als ältester Secondlieutenant in das 2. Leib-Husaren-Regiment Nr. 2, als Adjutanten zur 28. Kavallerie-Brigade zu kommandiren.

2) unterm 16. d. Mts.

den Premierlieutenant von Christmar à la suite des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 und Führer der Straf-Abtheilung in Geseß von dieser Stellung zu entbinden, und unter Beförderung zum Hauptmann mit einem Patent vom 1. Januar or. und dem Gehalt eines Hauptmanns 2r Klasse als aggregirt zum 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 zu versetzen und

3) unterm 18. d. Mts.

den Oberlieutenant von Massow à la suite des 4. Westphälischen Infanterie-Regiments Nr. 17 und beauftragt mit der Führung desselben, zum Kommandeur dieses Regiments zu ernennen;

den Oberst von Ziemieky, Kommandeur der 56. Infanterie-Brigade, zum Generalmajor, die Oberlieutenant von Ritsche, Kommandeur des 4. Badischen Infanterie-Regiments Prinz Wilhelm Nr. 112, von Massow, Kommandeur des 4. Westphälischen Infanterie-Regiments Nr. 17 und von Leszczynski, Chef des Generalstabs des 14. Armeekorps, zu Obersten und die Majors: Graf von Herzberg vom 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 111, von Bieres und Wilkau vom 1. Oberhessischen Infanterie-Regiment Nr. 22, Freiherr von der Goltz von der 14. Artillerie-Brigade und

Treumann, Platz-Ingenieur zu Rastatt, zu Oberstlieutenant zu befördern.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben, dem von Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Elisabeth von Baden geäußerten Wunsche entsprechend, das Freiäulein Matilde von Kagenet zu höchstehenden Hofdame gnädigst zu ernennen geruht.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 25. Jan. Abgeordnetenhaus. Kultusminister Dr. Falk bringt im Namen des erkrankten Justizministers die Vorlage in Betreff des zur Beschließung notwendigen Lebensalters ein, welche die in mehreren Landesstellen hierüber herrschenden Verschiedenheiten beseitigen soll. Auf die Interpellation Löwe's, bezüglich etwaiger Regierungsmaßregeln gegen die neuerdings angekündigten Apros. Weininger Prämien-Pfandbriefe, erklärt der Handelsminister an Stelle des Justizministers, die Entscheidung, ob der Vertrieb des betreffenden Papiers gesetzwidrig sei, falle den Gerichten zu. Die Regierung habe keine Veranlassung, hier einzugreifen. Es folgen hierauf Petitionen.

Bei Berathung des Antrags von Elsner wird der Vorschlag der Kommission, die Regierung aufzufordern, nach dieser Session eine Vorlage wegen Gründung eines landwirthsch. Museums in Berlin zu machen, angenommen.

Der Minister für Landwirtschaft und der Finanzminister stimmen dem Antrag zu und verheizen die Vorlage noch in dieser Session einzubringen. Der Finanzminister hofft, den Bau noch in diesem Jahre beginnen zu können. Das Haus nimmt das Gesetz betr. die Erhebung des Markt-Standardgeldes an und nimmt den Bericht der Justizkommission über den im vorigen Jahre in Königs-Hütte verhängten Belagerungszustand ohne Diskussion entgegen. Es folgt der Bericht der Kommission, betr. die Verordnung vom 10. Juni 1871 über Errichtung von Bank-Komptoiren, Kommanditen und Agenturen in Elsaß-Lothringen durch die preussische Bank. Die Kommission beantragt, der Verordnung verfassungsmäßige Genehmigung zu ertheilen. Hammacher bringt einen Gesetzentwurf ein, welcher die rückwirkende Kraft des Gesetzes scharf fixirt. Bankdirektor Dechend hebt hervor, daß durch die Errichtung von Bank-Kommanditen die Garantie des preussischen Staates nicht erschwert werde. Der Handelsminister betont die Nothwendigkeit der Verordnung vom 10. Juni. Das Gesetz wird in der Session Hammacher's angenommen.

† Berlin, 26. Jan. In der heutigen Generalversammlung der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft wurden sämtliche Anträge des Aufsichtsraths einstimmig angenommen. Somit ist das rumänische Gesetz vom 2. Januar angenommen, vorbehaltlich einiger Nebenpunkte, welche ein aus der Versammlung gewählter Ausschuss von fünf Personen zusammen mit dem Aufsichtsrath eben so zu berathen hat wie die erforderliche Aenderung der Statuten, sowie die finanziellen Operationen und den Ausgleich mit den KonzeSSIONÄREN. Stroussberg offerirte 6 Millionen Thaler und erklärte sich 14 Tage lang an diese Offerte gebunden.

† Bern, 26. Jan. Das Geschworenengericht erklärte den ehemaligen Staatskassier Egginou und Muralt, den flüchtigen Direktor der Handelsbank, aller gegen sie erhobenen Anklagen für schuldig. Ersterer wurde zu 4 Jahren Zuchthaus (mit Abzug von 6 Monaten Untersuchungshaft), Letzterer zu 3 Jahren Zuchthaus in contumacium verurtheilt. Gegen Muralt wurde außerdem noch auf Zahlung einer Entschädigung von 195,000 Fr. an die Handelsbank erkannt.

† Paris, 26. Jan. In der Prozesssache gegen den früheren französischen Konsul in New-York, Place, wurde heute das Urtheil publizirt. Place wurde zu zwei Jahren Gefängniß und 2000 Fr. Geldstrafe verurtheilt.

## Deutschland.

Karlsruhe, 27. Jan. Der heute erschienene Staatsanzeiger Nr. 3 enthält (außer Personalnachrichten) eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern, die Ausfertigung von Schulverschreibungen auf den Inhaber durch die rheinische Hypothekbank in Mannheim betreffend. Dieser Bank ist durch Entschließung Groß-Ministeriums des Innern vom 9. d. M. nach Ansicht des Gesetzes vom 5. Juni 1860 und im Einvernehmen mit dem Groß-Ministerium des Groß-Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, sowie den Groß-Ministerien des Handels und der Finanzen zur Ausstellung von Schulverschreibungen auf den Inhaber, mit der Bezeichnung als Pfandbriefe, bis zum Höchstbetrage von Dreißig Millionen Mark, die Genehmigung ertheilt worden. Die Bestimmungen, unter welchen diese Genehmigung erfolgte und unter welchen die Ausgabe der Pfandbriefe stattfinden darf, sind in dem beigedruckten Formulare A., nach welchem die letzteren auszufertigen, im Einzelnen angegeben. Die Zinscoupons und Talons werden nach den weiter beigedruckten Formularen B. und C. auszufertigt. Mit der öffentlichen Beglaubigung der einzelnen Pfandbriefe wie auch mit der Verzinsung der Geschäfte eines Faustpfand-Bewahrsers im Sinne des § 3 der den Pfandbriefen beigefügten „besonderen Bestimmungen“ ist Notar Treffzer bei dem Groß-Amtsgericht Mannheim beauftragt.

Strasbourg, 26. Jan. Die Abgeordneten der Straßburger Handelskammer, G. Bergmann, R. Brauer, Th. Ulrich, R. Schmitt, A. Walther, haben die Bildung eines Vereins in die Hand genommen zu dem besonderen Zwecke, die Verwirklichung der Anlage eines Kanals für die große Schifffahrt zwischen Strasbourg-Ludwigshafen-Mannheim anzutreiben und überhaupt die Anlage und Verbesserung aller Verkehrswege im Rheinthale zu begünstigen. Eine erste Versammlung Solcher, welche sich für diese Zwecke interessieren, ist auf Samstag den 22. Febr., Nachmittags 2 Uhr, im Stadthaus anberaumt. Auf der Tagesordnung dieser ersten Versammlung stehen: a. Bericht der H. H. Abgeordneten der Straßburger Handelskammer; b. Konstituierung und Organisation des Vereins; c. Feststellung der Statuten; d. Wahl des Komitee's; e. Erörterung des Entwurfs der Bittschrift an den Fürsten Reichskanzler.

H München, 26. Jan. Der Großfürst Michael von

Rußland, Bruder des Kaisers und Statthalter von Kaukasien, ist heute Morgens 6 Uhr, von Florenz kommend, am hiesigen Bahnhof eingetroffen und nach eingenommenem Frühstück nach Stuttgart weitergereist.

An sämtliche, in Folge der im Kriege 1870-71 erlittenen Verletzungen pensionirte baprische Offiziere wurde vom Kriegsministerium die Anfrage gestellt, ob sie nach dem Pensionsgesetz vom 12. Okt. 1822, beziehungsweise der Verordnung vom 20. Mai 1868, oder nach dem Reichs-Pensionsgesetz vom 27. Juni 1871 behandelt werden wollen, da das erstere bei Offizieren mit kürzerer Dienstzeit in manchen Fällen sich günstiger erweist.

† Berlin, 26. Jan. Bei 33. M. dem Kaiser und der Kaiserin war gestern Abend im Königl. Schlosse Cour, welcher ein Konzert folgte. Zu diesem Hoffeste hatte sich eine eben so zahlreiche wie glänzende Gesellschaft versammelt. Unter den anwesenden Staatsministern befand sich auch der neu ernannte Kultusminister Dr. Falk. Der Kaiser und König, dessen Befinden sich andauernd bessert, verweilte fast bis zum Ende des Festes in der Gesellschaft. Mit Rücksicht auf die noch etwas angegriffene Gesundheit Sr. Majestät wurden die Vorstellungen bei der Cour möglichst abgekürzt.

Die hier gestern als ein Versehen bezeichnete Lücke in der Kabinettsordre, durch welche Dr. Falk zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ernannt worden ist, hat mehrere Präcedenzfälle. So lauteten die im Jahre 1862 ausgefertigten Berufungen der Minister v. Mülller, Graf zu Hohenhausen und Graf zur Lippe neben der Ressortangabe auch nicht noch besonders auf deren Ernennung zu Staatsministern. Der neue Kultusminister erschien heute in der Sitzung des Abgeordnetenhauses und wurde von vielen Seiten begrüßt. Es trifft nicht zu, wenn von gewissen Blättern behauptet wird, Dr. Falk begegne auf konservativer Seite „einer starken Abneigung“. Allen Anzeichen nach wird die konservative Partei ihr Verhalten zu dem neuen Kabinettsmitgliede nach dessen Auftreten und nach dem Geiste seiner Verwaltung wie seiner Vorlagen einrichten. Vorurtheile gegen ihn hat sie bis jetzt nicht kundgegeben. Auch zeigen wohl mannigfache Erscheinungen, zumal der letzten Monate, daß die konservative Partei mit dem System und der Handlungsweise des bisherigen Ministers v. Mülller keineswegs überall einverstanden war.

Der Entschluß des Oberpräsidenten Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode, seine amtliche Stellung in Hannover aufzugeben, stammt nicht aus der jüngsten Zeit, sondern ist bereits vor Beginn des Herbstes wiederholt ausgesprochen worden. Damit zerfällt denn auch die in einigen Blättern umlaufende Behauptung, daß Vorgänge bei der neulichen Anwesenheit des Kaisers und Königs im Hannover'schen den Oberpräsidenten bestimmt hätten, um seine Entlassung zu bitten. Graf Stolberg hegt den Wunsch, sich fortan vorzugsweise der Verwaltung seiner ausgedehnten Besitzungen zu widmen. Er wird aber noch bis zum Oktober d. J. auf seinem Posten in Hannover verbleiben.

Breslau, 24. Jan. (N. Br. Ztg.) Das in Königs-Hütte aus Anlaß der dortigen Arbeiterunruhen stationirte Bataillon des 2. schlesischen Grenadierregiments Nr. 11 wird nunmehr nach Breslau zurückgezogen und an Stelle dessen ein Wachkommando in der Stärke von 120 Mann Infanterie und 20 Mann Kavallerie dort bis auf weiteres stationirt werden.

## Italien.

Rom, 24. Jan. Der bei dem König von Italien beglaubigte dänische Gesandte Baron Bille-Brache ist hier eingetroffen. — Das Blatt „La Nuova Roma“ meldet, der französische Geschäftsträger, Marquis v. Sayve, habe dem Minister des Aeußern angezeigt, daß der französische Gesandte Goulard spätestens Anfangs Februar hier eintreffen werde. — Der Großfürst Michael ist gestern in Florenz eingetroffen und sofort nach München weiter gereist.

## Frankreich.

Paris, 24. Jan. (Köln. Z.) Zur Zeit geben sich die großen und kleinen Mataboren der Börse und die Finanz-spekulanten aus aller Herren Länder alle erdenkliche Mühe, um Kombinationen zu erfinden behufs beschleunigter Räumung der noch durch deutsche Truppen besetzten sechs französischen Departements. Diese ehrenwerthen Spekulanten erblicken im Art. 3 des Präliminarvertrages von Versailles für sich und ihres Gleichen ein wahres Goldkorn. Wenn dort gesagt ist, „der Deutsche Kaiser wird sich geneigt zeigen, die territorialen Bürgschaften durch finanzielle Garantien ersetzen zu lassen, wenn dieselben ihm von der französischen Regierung unter von ihm für genügend erachteten Bedingungen dargeboten werden“, so bilden sie sich ein, daß Deutschland schon jetzt nach solchen finanziellen Bürgschaften lechze, wie der Hirsch nach frischem Wasser, und in dieser Voraussicht bestürmen sie die französische Regierung, und namentlich Poincaré-Quartier mit einem Strudel von Projekten abenteuerlichster Art, für welche sie gleichzeitig im



deutschen Postfachhotel eine angemessene Ablagerungsstätte suchen. Diese armen reichen Leute täuschen sich indeß sehr. Wie die Sachen jetzt stehen, hat Deutschland auch nicht das geringste Interesse, den Räumungstermin der besetzten Territorien auch nur um 24 Stunden, selbst Angesichts der glänzendsten und verführerischsten Kombinationen des finanziellen Hochwils Europa's und Amerika's, zu beschleunigen, und während die französische Armee mehr oder minder offen für den künftigen Vergeltungskrieg reif gemacht werden soll, hieße es nach deutscher Auffassung die internationale Höflichkeit etwas gar weit treiben, wollte man sich vor der Zeit des Glacis entäußern, welches die neuverordneten Landestheile bedt und welches in dem Dreieck von Sedan nach Rheims und von Rheims nach Nancy für alle Möglichkeiten eine Konfiguration darbietet, die einen etwa notwendigen Offensivstoß ungemein erleichtert. Es ist vielleicht gut, bei Zeiten darauf aufmerksam zu machen, daß Deutschland es nicht für sein erstes Interesse hält, die territoriale Garantie, die sich in seinem Besitz befindet, durch irgend eine noch so kosmopolitische Finanzbürgschaft zu ersetzen, so lange die Vorgänge und Anstalten in Frankreich den angebrohten Rachekrieg schon in der nächsten Zukunft besorgen lassen. In solchen Tagen ist Klarheit stets ein erstes Erforderniß, und wenn den Finanzprojekten-Machern mit einem guten Rathe gebient sein kann, so mögen sie den beherzigten, der aus diesen Zeilen zu entnehmen ist.

**Paris, 25. Jan.** Dem „Journ. off.“ zufolge sind von den in Folge des Commune-Aufstandes verhafteten Individuen bis gestern 17,158, darunter in der Woche vom 14. zum 20. Jan. 1701, in Freiheit gesetzt worden. Abgeurtheilt wurden bisher 3367, in der letzten Woche 273 Individuen. Im Ganzen ist bis jetzt über das Loos von 20,525 dieser Angeklagten entschieden worden.

**Verfaillies, 25. Jan.** Sitzung der Nationalversammlung vom 24. Jan.

Hr. Alfred Raquet hat einen Gesetzentwurf als dringlich einzubringen. Im Juli 1870, sagt er, hat Ludwig Napoleon Bonaparte, damals Kaiser der Franzosen, Preußen den Krieg erklärt, ohne hiezu bereit zu sein und ohne die Landesvertreter über den wahren Stand der öffentlichen Streitkräfte aufgeklärt zu haben. Dieser in einem rein dynastischen Interesse und mit Hintansetzung der elementarsten Regeln der Klugheit unternommene Krieg hat den Tod zahlloser Bürger, unendliches Unglück, den Verlust von beinahe vier Departements und den finanziellen Ruin des Landes nach sich gezogen. Gewiß ist all dieses Unheil nicht wieder gut zu machen. Hr. Conti. Stellen Sie uns vor das Land und lassen Sie es in aller Freiheit entscheiden! (Aerm.) Hr. Raquet (fortfahrend) ... aber der Gerechtigkeit, welche die Grundlage jeder Staatsordnung ist, muß doch Genüge geschehen, und ich beantrage daher: Im Hinblick auf Art. 1382 und 1383 des Code civil (Ersatzpflicht für fahrlässig zugefügten Schaden) ... (Eine Stimme: Und die Männer vom 4. September?) Hr. Raquet. Die Männer vom 4. Sept. haben die Ehre des Landes gerettet! Ich sage weiter: In Erwägung, daß die Verfassung von 1852 die Verantwortlichkeit des Kaisers anerkannt hat, und die Kompetenz der Nationalversammlung keinem Zweifel unterliegt, bringen wir folgendes Gesetz in Vorschlag: Art. 1. Die Nationalversammlung erklärt, daß Ludwig Napoleon Bonaparte sich im Sinne des Art. 5 der Verfassung von 1852 verantwortlich gemacht hat. Art. 2. Die Güter Ludwig Napoleon Bonaparte's werden mit Beschlag belegt und verkauft. (Eine Stimme: Er hat gar keine in Frankreich! Graf Joachim Murat. Damit werden Sie sich nicht sonderlich bereichern!) Art. 3. Der Ertrag wird der Kriegsentwädigung zugewendet. Der Antrag ist von dem Abg. Millaud und von mir gezeichnet. (Ufa! Gelächter.) Ich halte diesen Akt der Gerechtigkeit für notwendig als Antwort auf die Verwegenheit, mit welcher die bonapartistischen Banden seit einiger Zeit das Land aufzureizen suchen (Beifall links), ja wohl, die Banden, denn nach all der Schmach des Kaiserreichs kann von einer bonapartistischen Partei nicht mehr die Rede sein. Hr. Savini. Sprechen Sie uns doch lieber von der Commune! Oder haben Sie schon vergessen, daß die Commune Sie zum Delinquenten der medizinischen Fakultät von Paris ernannt hat? Hr. Raquet. Das hätte Ihnen so gut widerfahren können, wie mir. — Der Antrag des Hrn. Raquet wird nicht als dringlich zugelassen. (Dafür nur die äußerste Linke.)

Man kehrt zur Debatte über die Handelsmarine zurück. Hr. Babin-Ghevaeye, Abgeordneter von Nantes, unterstützt die Regierungsvorlage und gibt einige positive Daten über den Rückgang des französischen Seehandels. Hr. Fraissinet fragt sich dagegen, woher der Reichthum so vieler Schiffsehrer in allen französischen Häfen komme. Schutzölle werden gegen die Fortschritte des Schiffbaues nichts ausrichten: die Güte des Schiffes ist eine so wichtige Sache, daß man sich trotz der Hölle an das Ausland wenden wird, wenn die einheimische Industrie hinter demselben zurückbleibt. Der Konsument wird dann den Zoll bezahlen und der Aheber wird doch nicht vorwärts kommen. (Beifall links.) Hr. René Brice, Abgeordneter der Meurthe: Alles Das ändert nicht, daß unsere Marine leidet, namentlich an einem immer wachsenden Mangel an Ausfuhrfrachten. Marineminister Pothuau: Ich will die vorliegende Frage nur vom militärischen und nautischen Standpunkt behandeln. Ohne Handelsmarine gibt es keine Kriegsmarine. Es ist aber unlängbar, daß seit dem Gesetz von 1866 die Marine-Inspektion keine befriedigende Resultate ergeben hat, sondern höchstens stationär geblieben ist. Der Flaggenschlag könnte eine Entschädigung für den Abgang an Frachten gewähren und unter der Gunst dieser Taxe hat sich auch die englische Marine entfaltet; erst als sie nichts mehr zu fürchten hatte, verlangte sie freie Konkurrenz. Was den Schiffbau betrifft, so sehen wir eine Anzahl von Werften dem Untergang verfallen, die eine Pflanzschule für die Schiffbaumeister des Staates waren. Auch hier sind wir einen Beistand schuldig, wenn wir anders nicht überhaupt auf eine Kriegsmarine verzichten wollen. Der Minister schließt mit einem Hinweis auf die treffliche Haltung der Marinetruppen während des letzten Krieges. (Beifall.) Hr. Johnson kommt auf seine gefürzte Erinnerung zurück: die mit Oesterreich unter dem 11. Dez. 1866 abgeschlossene Konvention gewährt dieser Macht und implizite acht andern Seestaaten Befreiung von jeder neuen Auflage bis 1877; wie will man also schon jetzt ein Erträgniß von 160 Millionen von den vorgeschlagenen Tarifen und Zuschlagstaren erhoffen? Vielleicht kann uns der Hr. Minister des Aeußern einige Auskunft hierüber geben. Der Minister des Aeußern, Hr. v. Reclusat: Die Regierung hatte

ursprünglich eine rein fiskalische Vorlage eingebracht, die sich in den Grenzen der bestehenden Verträge hielt. Die Kommission hat den Entwurf bis zu einem neuen Gesetze über die Handelsmarine erweitert; die Regierung ist mit demselben einverstanden und will ihn, wenn er votirt wird, in dem Maße zur Anwendung bringen, als die Verträge und neue Unterhandlungen ihr es gestatten werden. Ich will über die Handelsverträge kein Urtheil fällen; so viel ist aber gewiß, daß sie zu einer Zeit abgeschlossen worden sind, wo Frankreich nicht, wie dies leider jetzt der Fall, genöthigt war, alle seine Hilfsquellen in Anspruch zu nehmen. Die fremden Mächte erkennen in ihrem Wohlwollen diese veränderte Sachlage an und so hoffen wir, auf gutlichem Wege eine Revision der Tarife durchsetzen zu können. (Beifall.) Hr. Johnson: Ich nehme davon Akt, daß der Hr. Minister selbst anerkennt, die Vorlage sei in ihrem größern Theile für jetzt unausführbar. Finanzminister Pouyer-Quertier: Das kann ich durchaus nicht zugeben. Man möchte uns gern in eine Sackgasse drängen. Hier sagt man uns: „Bringt erst die Zustimmung der fremden Mächte bei und dann werden wir die Tarife revidiren.“ Und das Aussehen wiederum sagt: „Wir können nicht eher in Unterhandlung treten, als bis wir die Absichten der Nationalversammlung kennen.“ Ich muß also dieses Haus bitten, den Anfang zu machen; mit seinem Votum ausgerüstet, werden wir stark genug sein, dem Land seine ökonomische Unabhängigkeit wiederzugeben. (Zustimmung rechts.) Die Fortsetzung der Debatte wird auf morgen vertagt.

**Verfaillies, 26. Jan.** Man meldet der „Indep. Belge“: Ehlers weist die Zustimmung zurück, nicht in der Kammer zu sprechen. Er wolle keine stumme Rolle spielen. Er protestirt gegen den Plan einer Vizepräsidentenschaft. Lieber wolle er sich zurückziehen. — Der Graf Chambrord verwirft jedes Fusionsprojekt.

### Belgien.

**Brüssel, 25. Jan.** Das „Journ. de Bruxelles“ meldet, daß in Bezug auf sämtliche Langrand'sche Gesellschaften ein Arrangement zu Stande gekommen und bereits am 23. von den Kuratoren und Liquidatoren der verschiedenen Gesellschaften unterzeichnet worden ist. Die Kreditoren werden demnächst berufen werden, um dasselbe zu genehmigen, worauf es dem Handelsgerichte in Brüssel und dem Kanzleigerichte in London zur Bestätigung vorgelegt werden wird. Eine ähnliche Nachricht kam vor einiger Zeit aus Wien, welches bekanntlich auch ein Centralpunkt der Langrand'schen Geschäfte war. Sollte sie sich bestätigen und die Langrand'sche Angelegenheit auf so friedlichem Wege geschlichtet werden, so sind viele große Worte umsonst gesprochen, geschrieben und gedruckt worden. Die liberale Partei kann sich nichts Besseres wünschen.

### Großbritannien.

**London, 25. Jan.** Aus Melbourne (Australien), 5. d. wird gemeldet: Die Melbourne Expedition zur Beobachtung der Sonnenfinsterniß hat in Folge ungünstiger Witterung nichts erreicht. — Der telegraphische Verkehr mit Port Darwin, in Verbindung mit dem australischen Kabel, ist jetzt theilweise hergestellt.

### Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 27. Jan.** 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Kirsner.

Am Regierungstische: Staatsminister Dr. Jolly, die Ministerialpräsidenten v. Freydhof, v. Dusch und Ellstätter.

Präsident Kirsner macht einige geschäftliche Mittheilungen.

Staatsminister Dr. Jolly macht in allerhöchstem Auftrage mehrere Vorlagen.

Abg. Sachs zeigt an, daß der Bericht über den Gesetzentwurf, die Besoldungsverhältnisse der Richter betreffend, in der Kommission erstattet sei, und bittet um Druckgenehmigung. Derselbe wird sofort ertheilt.

Von dem Sekretariate wird der Einlauf folgender Petitionen angezeigt:

Von 317 Volksschullehrern aus 10 Bezirken des Landes, Erhöhung des Gehaltes und der Congrua betr.

Von dem pensionirten Lehrer J. N. Schleicher in Wilingen, die Regelung seiner Pension betr.

Von den Gemeinden Hoppetenzell, Heggeln und Gallmansweil, die Errichtung einer Eisenbahn-Haltstelle betr.

Von den Gemeinden Schiltach, Lehengericht, Schenkzell, Bergzell, Kaltbrunn, den Bau einer Eisenbahn von Hausach über Wolfach nach Sulz und Freudenstadt betr.

Von den Lehrern des Amtsbezirks St. Blasien, die Erhöhung des Gehaltes und der Congrua betr.

Von den Gemeinden Ziegelhausen, Kleingemünd und mehreren andern, die Herstellung einer Straße zwischen Ziegelhausen und Kleingemünd betr.

Von 32 Gemeinden des Amtsbezirks Zettlingen, den Bau einer Eisenbahn von Büllach nach Neuhausen, bezw. Schaffhausen betr.

Von der Stadtgemeinde Pforzheim, Abänderung der Steuererhebung betr.

Von den Bewohnern des obern Murgthales, die Verlassung des Bezirksamts und Amtsgerichts in Gernsbach betr.

Von dem pensionirten Hauptlehrer Moys Necker in Urnau, Pensionserhöhung betr.

Von den hinterlassenen Töchtern verstorbener Staatsdiener in Freiburg, die Bewilligung eines Gnadengehalts betr.

Das Haus geht nun zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung über, zur Berathung des vom Abg. Friederich erstatteten Berichtes der Budgetkommission über die in dem Budget für 1872 und 1873 enthaltenen Erhöhungen der Besoldungen und Gehalte.

In Nebereinstimmung mit der bereits in der Adresse auf die Thronrede ausgesprochenen Ansicht hebt der Bericht hervor, daß in Folge der allgemeinen Steigerung der Preise

der Nahrungsmittel sowohl als der Wohnungen, die ökonomische Lage der Beamten einer Verbesserung dringend bedürftig sei. Während die Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Industrie ihre Preisbestimmung nach dem jeweils bestehenden Geldwerthe finden und eine Steigerung der Betriebskosten hier nicht nur von den Produzenten, sondern auch von den Konsumenten getragen werde, sei der Beamte mit seinen im Voraus fest geregelten Bezügen dem Sinken des Geldwerthes schutzlos gegenübergestellt. Diesem Verhältnis zwischen den Besoldungen und Gehalten und den notwendigen Bedürfnissen wieder hergestellt werden, nicht nur im Interesse des Beamtenstandes selbst, der sich durch gewissenhafte Pflichterfüllung und Unbestechlichkeit einen guten Namen zu wahren gewußt, sondern auch im Interesse der Staatsverwaltung, damit nicht Sorgen um die Existenz der Familie die Thätigkeit der Beamten lähme und ihre Berufstreue gefährde.

Ermöglicht werde dieses Streben, dem man zur Zeit bei allen Nachbarstaaten begegne, durch den disponibel gewordenen Betriebsfond und durch die bei Vereinfachung der Staatsverwaltung zu erzielenden Ersparnisse. Insbesondere in letzterer Richtung müßten die Mittel gesucht werden, um die gesteigerten Bedürfnisse des Staates zu decken, ohne größere Anforderungen an die Klassen der Steuerpflichtigen zu machen. Man richte deshalb an die Großh. Regierung den dringenden Wunsch, dieselbe möge in dem Streben nach Vereinfachung der Staatsverwaltung unausgesetzt und mit allem Ernste fortfahren. Man anerkenne, daß die Großh. Regierung bisher bemüht gewesen sei, in dieser Weise einzugreifen, doch empfehle man die Frage zur Prüfung, ob nicht auch noch andere Stellen als die bis jetzt aufgehobenen, beseitigt oder mit anderen vereinigt werden könnten. So könne man z. B. die Zoll- und Steuerdirektion vereinigen, oder wie dies anberort der Fall sei, sämtliche Finanzmittelfstellen aufheben und ihre Geschäfte dem Finanzministerium zuweisen. Ebenso könne auch Bau und Betrieb der Eisenbahnen einer gemeinsamen Verwaltung zugewiesen werden, wodurch nicht nur eine Ersparniß erzielt, sondern auch die Interessen des Dienstes gefördert würden.

Der Bericht geht nun zu den einzelnen Vorschlägen der Regierung über und empfiehlt sie, wie wir bereits mitgetheilt haben, mit einer einzigen Ausnahme zur Annahme. Wir werden über die sich hieran anschließende Diskussion einen ausführlichen Bericht nachtragen und theilen nur jetzt schon mit, daß mit einigen kleinen Modifikationen die Anträge der Kommission bei der Abstimmung sämmtlich angenommen wurden.

### Badische Chronik.

**S.d.G. Karlsruhe, 24. Jan.** (Sitzung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.)

Bericht des städtischen Wasser- und Straßenbau-Amts, wornach am 15. Juni d. J. der Vertrag mit der Düngerabfuhr-Gesellschaft abläuft. Es wird beschlossen, die Vergebung des Geschäftes auszuschreiben und sobald einen neuen Vertrag abzuschließen, wobei auch die Straßenreinigung in Betracht kommen soll. Eventuell soll dieses Geschäft in Selbstbetrieb der Stadt übernommen werden.

Auf Vortrag des Vorsitzenden, unter der Direktion des Kapellmeisters Bauer von hier ein Stadtorchester zu gründen, wird das Bedürfniß dieser Einrichtung einstimmig anerkannt und beschlossen, dem Kapellmeister Bauer vorerst für ein Jahr eine Unterstützung in Aussicht zu stellen und hiezu die Zustimmung des Bürgerausschusses einzuholen. Es wird beabsichtigt, daß das in möglichster Vollkommenheit zu gründende Orchester in den Sommermonaten in dem Saalwäldchen bei der Badanstalt Morgens von 7 bis 8 Uhr spielt und an den Abenden, da keine Vorstellung im Theater gegeben wird, bei guter Witterung auf dem Friedrichs- oder Mühlburgerthor-Platz; sodann bei den bekannten Festgelegenheiten. Die Kapelle wird außer dem Dirigenten (zugleich Solisten) wenigstens bestehen aus 4 ersten und 4 zweiten Violinen, 2 Violon, 1 Cello, 1 Baß, 1 Oboe, 1 Flöte, Klarinetten, 1 Fagott, 2 Horn, 2 Trompeten, 1 Posaune, 1 Pauke.

Es folgt die Verlesung der von dem Berichterstatter Karl Hoffmann verfaßten Protokolle der erweiterten Friedhofskommission, die Verlegung des Friedhofes betr. Da diese Protokolle im Druck erscheinen werden, wird hier nur bemerkt, daß die Kommission einstimmig die Verlegung des Friedhofes beantragt und der Gemeinderath eben so einstimmig diesem Antrag sich anschließt und denselben mit dem Ersuchen um Bewilligung eines Kredits von 120,000 fl. an den Bürgerausschuß bringen wird.

**Mannheim, 26. Jan.** (Mannh. A.) Die Leitung des in der Errichtung begriffenen städtischen Bauamtes wurde dem Vernehmen nach von Seiten des Gemeinderaths dem Hrn. Ingenieur Haas von Karlsruhe, zur Zeit in Heidelberg, übertragen. Derselbe wird sofort in seine neue Stellung eintreten, die ihm ein weites Feld der Thätigkeit eröffnet.

**Mannheim, 27. Jan.** Letzten Mittwoch brachte unsere Oper ein Erstaunliches des Musikdirektors Gerhard Meerte am Konservatorium zu Köln: „Lisa oder die Sprache des Herzens, dramatisches Singspiel in zwei Aufzügen.“ Da Meerte von seiner früheren Thätigkeit als Musikdirektor und tüchtiger Klavierspieler hier im besten Andenken steht, war man alleseitig auf die Ausführung sehr gespannt; dieselbe findet aber sehr theilweise Beurteilung. Bezüglich des musikalischen Elements hat sich Meerte vollständig als Wagnerianer bargezeigt, und klingt in manchen Theilen der Meerte und seine Werke nur zu deutlich hervor. Der dichterische Theil, bezüglich dessen der Theaterzettel bemerkt, „die Idee frei nach der Novelle von Paul Heyse: Die Reise nach dem Glück“, steht mit der Musik nicht im richtigen Verhältnis und wird als etwas lähmend bezeichnet. Da wir verheiratet waren, selbst der Aufführung bezuwohnen, behalten wir uns eingehendere Besprechung vor; doch wollen wir schon jetzt bemerken, daß der Kritiker des „Mannh. Verkündigers“ sich durchaus lobend und anerkennend zu „Lisa“ stellt und bezüglich des Umstandes, daß der gependete Beifall kein raufgender war, bemerkt, es liege dies eben in der dem Volke noch ungewohnten Kompositionweise; bei wiederholter Aufführung würden die Schönheiten







